



**FAMILIENPOLITISCHER SPRECHER DER AFD-BUNDESTAGSFRAKTION**

**ZERLEGT LINKEN-ANTRAG**

## **Martin Reichardt: „Walter Ulbricht klatscht in der Hölle Beifall“**

Martin Reichardt, familienpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, sprach am Freitag im Bundestag zu Anträgen der Linken, die sich mit dem Thema „Kinderrechte in und nach der Corona-Krise“ beschäftigen.

Er begann seine Rede im Plenum mit einem Frontalangriff gegen die Linken. „Hätten Sie Lehren aus der Vergangenheit gezogen, hätten Sie sich aufgelöst!“ Sie seien „die getarnte Partei der Mauerschützen, der SED“, eine ideologisierte Partei, die eine Gewaltherrschaft legitimiere, um eine vermeintlich bessere Gesellschaft zu schaffen.

Reichardt unterstrich seine Aussage mit dem Beispiel einer vom rot-rot-grünen Senat in Berlin geförderten Liedermacherin, die Kita- und Grundschulkinder beim Singen politisch beeinflusse. Eine Textzeile lautet: „Mit dem Gesicht vom Bösewicht wischt sie den Boden auf. Wenn er muckt und zuckt und spuckt, dann springt sie noch mal drauf.“ Die Kinder gehen im Gleichschritt

und skandieren: „Jetzt und alle Zeit: Sie ist stets bereit!“

Parallelen zum Pioniergruß der DDR „Für Frieden und Sozialismus – Seid Bereit!“ sind beabsichtigt. Der Erziehung zur Antifa werde damit Haus und Tor geöffnet. Die Linken verwenden den Begriff der Familie in ihren Ausführungen nur zwei Mal, jedoch diffamieren sie die Familie als einen „vermeintlich sicheren Hafen“, mit einem „reaktionären Weltbild.“

Reichardt widersprach ihnen, denn in Familien herrsche „Liebe, Toleranz und Vielfältigkeit!“ Hier stand nun Martin Reichardt als dreifacher Vater, der sich zu Anträgen einer „verfassungs- und familienfeindlichen Partei“ äußerte. Er zog die Personalie des ehemaligen RAF-Terroristen Christian Klar heran, der im Bundestagsbüro eines linken Abgeordneten beschäftigt wurde.

Zu erwähnen sei auch die Kooperation der CDU mit der Linken. Dank der CDU wurde eine Verfassungsfeindin zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern ernannt und ein Linker mit ihrer Hilfe nun ein zweites Mal thüringischer Ministerpräsident. Was noch vor 20 Jahren allgemeiner Konsens war, mit den SED-Nachfolgern nicht zu paktieren, wird aus reinem Machtkalkül über Bord geworfen.

In ihrem Antrag forderte die Linke, einen Zuschlag von 25 Prozent auf das Bruttogehalt für Erzieher. Während sie das im Bund in Aussicht stellen, könnten Erzieher in Thüringen und Berlin, hier sind die Linken in Verantwortung, nur träumen. Es sei, so Reichardt am Ende seiner Rede, das Gegenteilige wahr, denn Thüringer Erzieher bekämen nur Kurzarbeitergeld, obgleich die Kita-Träger keine finanziellen Einbußen verzeichneten.

Diese linke Realpolitik und der daraus strotzende „billige Sozialpopulismus“ werde von der AfD abgelehnt. Im Gegensatz zu einem nicht existierenden Paradies herrsche „das Leid, die Unterdrückung, die Toten“, das die linke Ideologie bereits hervorgebracht habe.